

### Hat die Demokratie in Europa noch eine Chance?

Brunkhorst, Hauke

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brunkhorst, H. (2016). *Hat die Demokratie in Europa noch eine Chance?* (ZÖSS Discussion Paper, 55). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59892-2>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Universität Hamburg  
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Hauke Brunkhorst

# Hat die Demokratie in Europa noch eine Chance?

---

**ZÖSS**  
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE  
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers  
ISSN 1868-4947/55  
Discussion Papers  
Hamburg 2016

# **Hat die Demokratie in Europa noch eine Chance?\***

Hauke Brunkhorst

Discussion Paper  
ISSN 1868-4947/55  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg  
Juli 2016

---

\*Vortrag gehalten im Rahmen des Eduard-Heimann-Colloquiums an der Universität Hamburg am 12.05.2016.

## **Impressum:**

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

## **Herausgeber/Redaktion:**

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)  
Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de  
Fachbereich Sozialökonomie  
Universität Hamburg – Fakultät WISO  
Welckerstr. 8  
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:  
<https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/heise/zoess/publikationen/zoess-discussion-papers.html>

## I

Karl Marx war einer der ersten, der das *parlamentarische Regime* als – im doppelten Sinn von normativer Begründung und faktischer Grundlegung – *herrschaftsbegründende* Verfassung einer *deliberativen Demokratie* beschrieben hat.

„Das parlamentarische Regime“, resümiert er im 18. Brumaire des Louis Bonaparte, den er unmittelbar unter dem Eindruck des Staatstreichs von Napoleons vermeintlichem Neffen im Winter 1851/52 im Londoner Exil schrieb: „Das parlamentarische Regime“ ist „das Regime der Unruhe“. Unter der *Unruhe* versteht Marx dasselbe wie Hegel, nämlich die egalisierende, rationale und weltverändernde Kraft der *Negation* – des Widerstands, der Gegenrede, der Opposition –, die das parlamentarische Regime in einem Ausmaß freisetzt, das Hegel sich nur im kurzfristigen Ausnahmezustand einer blutigen Revolution wie der von 1789 vorstellen konnte. Ein Zeitgenosse von Marx, der Liberale Julius Fröbel hat das Regime parlamentarischer Gesetzgebung deshalb als permanente legale Revolution bezeichnet,<sup>1</sup> und Marx selbst behauptet zur selben Zeit, es wäre die „gesetzgebende Gewalt“ gewesen, die schon „die Französische Revolution gemacht“ habe.<sup>2</sup>

Das parlamentarische Regime ist das Regime der Unruhe, weil es das Negationspotential der politischen Kommunikation nicht nur im Parlament, sondern in der ganzen Gesellschaft entfesselt, denn – so Marx – es „lebt von der *Diskussion* [...]“. Der *Rednerkampf* auf der Tribüne ruft den *Kampf der Pressbengel* hervor, der *debattierende Klub im Parlament* ergänzt sich notwendig durch *debattierende Klubs in den Salons und in den Kneipen*, die Repräsentanten, die beständig an die Volksmeinung appellieren, berechtigen die Volksmeinung, in Petitionen ihre *wirkliche Meinung zu sagen*. Das parlamentarische Regime überlässt alles der *Entscheidung der Majoritäten*, wie sollen die großen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen? Wenn ihr auf dem Gipfel des Staates die Geige streicht, was anders erwartet ihr, als dass die drunten tanzen?“<sup>3</sup>

Ohne das Leben, das ihr die *Diskussion*, der *Rednerkampf*, der *Kampf der Pressbengel*, der *debattierende Klub im Parlament*, die *debattierenden Klubs in den Salons und den Kneipen* einhauchen, wäre die bloße *Entscheidung der Majoritäten*, sei es im Referendum, bei der Wahl der Abgeordneten oder im Parlament, eine tote Maschine, die ebenso gut durch den Zufall des Losverfahrens, der Geburt oder des Marktmechanismus ersetzt werden könnte. Die Entscheidung der Majoritäten steht und fällt mit der Möglichkeit einer und eines jeden, seine *wirkliche Meinung zu sagen* – und Marx wußte, wovon er sprach, war er doch gerade vor der Polizei, welche die Pressefreiheit unterdrückte, aus dem preußischen Rheinland ins revolutionäre Paris geflohen, das er jetzt, auf dem Weg ins nächste Exil, schon wieder hinter sich gelassen hatte.

„Mehrheitsherrschaft“ – so auch John Dewey 80 Jahre später in der Debatte mit Walter Lippmann – „Mehrheitsherrschaft ist *als* bloße Mehrheitsherrschaft genauso idiotisch (foolish) wie es die Kritiker der Demokratie immer behauptet haben. Aber in einer funktionierenden Demokratie ist sie eben nie *bloße* Mehrheitsherrschaft [...] Viel wichtiger ist die Methode, durch die Mehrheiten zustande kommen: die vorangehenden

---

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt: Suhrkamp 1992, 612ff.

<sup>2</sup> Karl Marx, „Kritik des Hegelschen Staatsrechts,“ *Marx-Engels-Werke I* (Berlin: Dietz, 1972), 260.

<sup>3</sup> Karl Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, MEGA I/11, Berlin 1985, S. 135 f (meine Hervorhebung).

Debatten, die Veränderungen der Mehrheitsmeinung durch das Lautwerden minoritärer Stimmen. Entscheidend ist letztlich, daß diese Methoden und die gesellschaftlichen Bedingungen des öffentlichen Streits, des wechselseitigen Argumentierens und Überzeugens gesichert und immer weiter verbessert werden.“<sup>4</sup> Zu diesen Bedingungen gehört natürlich auch das allgemeine Wahlrecht, ohne das es gar keine politisch egalitäre und sozial inklusive Debatte geben könnte. Aber ohne die verallgemeinernde und problemlösende Kraft der Diskussion und des demokratischen Experimentalismus wäre auch das schönste Wahlrecht nicht besser als jede beliebige Lotterie.<sup>5</sup>

Die verfassungsrechtlich interessante These von Marx stimmt ganz mit der von John Dewey überein, daß *nur* die lärmende und vielstimmige, wie Habermas sagt, „wilde“ und „anarchisch entfesselte kommunikative Freiheit“ der *Diskussion* die eigentümliche Kraft hat, partikulare und zufällige, sprachliche und mimetische, informative und expressive Meinungs-, Beifalls- und Mißfallensäußerungen jeder erdenklichen Art in – wie Marx mit Hegel sagt – „allgemeine Gedanken“ und partikulare Klasseninteressen in „das gemeinsame Interesse [...] der ganzen Nation“ zu verwandeln, das die „mannigfaltigen Seiten des Nationalgeistes in sich versammelt“.<sup>6</sup> In dem und nur in dem, wie immer geringen, durch vielerlei Klassen- und Herrschaftsinteressen, Zufälle und Naturzwänge verzerrten Maß, in dem die demokratischen Willensbildung zu *allgemeinen Gedanken* und *gemeinsamen Interessen* führt, ist auch die Mehrheitsherrschaft mehr als idiotisch oder *foolish*, ist sie *mehr als jede andere Form willkürlicher, tyrannischer, partikularer Herrschaft*. Mit dem allgemeinen Gedanken, der das von *faktischen Mehrheiten* beschlossene zum kontrafaktisch gültigen *Gesetz einer und eines jeden* Gesetzesadressaten macht, ist das parlamentarische Regime, ist darüber hinaus jede Form egalitärer und inklusiver Demokratie ein Regime, das auf Wahrheit (des Gedankens) und Vernunft (des Willens) in genau dem Maße Anspruch machen kann, indem es sie verwirklicht. Dieser Begriff von Wirklichkeit und Verwirklichung liegt auch den Begriffen der „Praxis“ und der „Revolution“ bei Marx, dem des „demokratischen Experimentalismus“ bei Dewey zugrunde. Im Anspruch des allgemeinen Willens auf Wahrheit verbinden sich zwei unterscheidbare Aspekte dieses alten philosophischen Begriffs: ein *normativer*, der den allgemeinen Willen als *Willen eines und einer jeden Normadressatin* ausweist, und ein *kognitiver*, der unterstellt, daß die Probleme, die die übrige Gesellschaft bzw. ihre dafür eingerichteten *Funktionssysteme selbst erzeugen, aber nicht lösen können*, durch demokratische Willensbildung besser gelöst werden können als durch jede andere Methode.<sup>7</sup>

Marx, der hier an den § 257 der Hegelschen Rechtsphilosophie von 1821 anschließt, versteht die doppelte, kognitive und normative *Wahrheit* des allgemeinen Willens deshalb auch nicht mehr als Leistung eines einsamen „Selbstbewußtsein“, das eine sozusagen in sich ruhende, „*sich selbst bestimmenden Allgemeinheit*“ darstellt,<sup>8</sup> sondern

---

<sup>4</sup> John Dewey, *The Public and its Problems*, Chicago: Swallow Press 1954, 207f.

<sup>5</sup> Der enge Zusammenhang zwischen Diskussion und Entscheidung legt es nahe, anders als das Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Lissaboner Vertrag, diesen Zusammenhang und nicht die sowieso immer nur in mehr oder minder großer Abweichung (auch in der Bundesrepublik: Bundesrat!) realisierte Formel ‚one man, one vote‘ zum Kriterium eines verfassungsgemäßen Wahlverfahrens zu machen, auch wenn dann das Ergebnis für das EU-Parlament (aber auch für den Bundestag) noch schlechter ausfiele.

<sup>6</sup> Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, 104ff, 107, 110, 134.

<sup>7</sup> Rainer Schmalz-Bruns, *Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik*, 1995.,

<sup>8</sup> Georg W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt: Suhrkamp 1970, § 21

als bewegliche, negativ unruhige, „praktisch-kritischer Tätigkeit“<sup>9</sup>, die sich im diskursiven Getümmel der Rednertribünen, Zeitungspolemiken und Kneipendebatten vollzieht.

Hegel konnte sich die politische Umsetzung des reflexiven Selbstbewußtseins ins „allgemeine Interesse“ noch als das „Geschäft“ von adligen Spitzenbeamten vorstellen, die er deshalb als den „allgemeinen“, für die Verallgemeinerung der partikularen Interessen zuständigen „Stand“ bezeichnet hat. Dieser Stand der Beamten hat in Hegels Staat genau die Funktion, die den Philosophen in Platons Staat zukommt, den Staat an die Wahrheit zu binden.<sup>10</sup> Für den Junghegelianer Marx hingegen war von vornherein klar, daß solche Wahrheit nicht mehr wie eine zeitlose Idee erkannt, sondern nur noch in einer „wahrhaften Öffentlichkeit“ erzeugt und entdeckt werden kann. Die Öffentlichkeit ist für ihn der Ort, an dem die „freimütigen Worte, welche über einzelne Gegenstände etwa die Spalten der Zeitungen füll(en)“, eine „allgemeine Teilnahme“ hervorrufen, die den allgemeinen Willen im institutionell ortlosen und politisch anarchischen Diskurs, kurz, im *Tanz derer drunten* erzeugt.<sup>11</sup> In der freien Presse sieht der junge Marx deshalb das eigentliche Medium „wahrer Demokratie“, die er zur selben Zeit (1843/44) mit dem „Kommunismus“ identifiziert.<sup>12</sup> Während sich der Begriff der *Demokratie* sich auf die normative Seite der Wahrheit, die gemeinschaftliche Willensbildung bezieht, bezieht sich der des *Kommunismus* oder *Sozialismus* auf die kognitive, oder wie Marx selbst sagt, „sachliche“ Seite der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme.<sup>13</sup> Die Presse ist das in den 1840er Jahren noch neue Medium demokratischer Willensbildung, weil sie „politisch (ist) ohne amtlich zu sein“ und „bürgerlich [...] ohne unmittelbar in die Privatinteressen [...] verwickelt zu sein.“<sup>14</sup> Das ist genau das, was auch Dewey *Öffentlichkeit* genannt hat und was wir heute deshalb *Zivilgesellschaft* nennen, weil sie von Markt und Staat gleich weit entfernt ist.<sup>15</sup>

Dieser Perspektivenwechsel vom verstaatlichten allgemeinen Stand zur anarchisch politischen Freiheit der Rede erlaubt es Marx, an Hegels Wahrheitsbegriff festzuhalten, jedoch dessen Idee einer *herrschaftsbegrenzenden* Verfassung, die darauf programmiert ist, das bürgerliche Privateigentum in der konstitutionellen Monarchie in Sicherheit zu bringen, als „existierende Unwahrheit“<sup>16</sup> zurückzuweisen, ist doch in den 1840er Jahren die geschichtliche Wahrheit längst in der zwar *noch nicht existierenden*, wohl aber schon *in Bewegung gesetzten* Demokratie angekommen, die Marx und Engels deshalb auch die „wirkliche Bewegung“ nennen, „welche den jetzigen Zustand aufhebt“.<sup>17</sup> Die Herrschaft durch subjektive Rechte bloß begrenzende Verfassung ersetzt sie durch eine demokratische, Herrschaft begründende Verfassung.<sup>18</sup>

<sup>9</sup> Marx, Thesen über Feuerbach, 1. These, zit. n. [http://www.mlwerke.de/me/me03/me03\\_533.htm](http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_533.htm) (9.5.2016).

<sup>10</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt: Suhrkamp 1971, § 205.

<sup>11</sup> Marx, „Rechtfertigung des Korrespondenten von der Mosel“, in: MEW 1, Berlin: Dietz 1972, 192.

<sup>12</sup> Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ (1843), MEW 1, Berlin: Dietz 1972, 201-333, hier: 232; Marx/ Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1844), MEW 3, Berlin: Dietz 1973, 35.

<sup>13</sup> Marx, 18. Brumaire; Marx, Zu den Ereignissen in Amerika.

<sup>14</sup> Marx, Rechtfertigung des Korrespondenten von der Mosel, 189.

<sup>15</sup> Habermas, Faktizität und Geltung 363, 399ff.

<sup>16</sup> Marx, Kritik des hegelschen Staatsrechts, 230, 232.

<sup>17</sup> Marx/ Engels, Die deutsche Ideologie, 35.

<sup>18</sup> *Unwahr* ist die Monarchie schon in ihrem Begriff, weil in ihr „ein Teil den Charakter des Ganzen

Für Marx ist die „Demokratie“ deshalb die „Wahrheit“ „aller Staatsformen“ und das „aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“.<sup>19</sup> Die Wahrheit aller Staatsformen haftet nicht mehr wie bei Hegel an der Idee, die sich selbst verwirklicht und von der Philosophie nur noch dargestellt werden muß. Sie existiert nur noch – wie bei John Dewey – im kooperativen, praktisch-experimentellen Vollzug des alltäglichen Lösens von Problemen und in der praktisch-diskursiven Verallgemeinerung von Interessen. Damit verläßt die Philosophie den Hörsaal und geht auf die Straße: „Endlich“, schreibt der junge Marx in der Rheinischen Zeitung vom 10. Juli 1842, hat die Philosophie „das asketische Priestergewand mit der leichten Konventionstracht der Zeitungen“ vertauscht. Die Philosophie musste „ihr Schweigen brechen, sie wurde Zeitungskorrespondent.“<sup>20</sup> Jenseits der Zeitung, jenseits der faktischen Mixtur aus Interessenkämpfen um materielle und ideelle Hegemonien auf der einen, kooperativer Suche nach richtigen und verallgemeinerbaren Lösungen („praktisch-kritische Tätigkeit“) auf der anderen Seite, aus der der demokratische Selbstbestimmungsprozeß besteht, gibt es keine *Wahrheit*. Aber ohne diese Wahrheit gibt es keine *Demokratie*. Eine „post-truth democracy wäre“, so Habermas, „keine Demokratie mehr.“<sup>21</sup> Genau das ist im heutigen Europa der Fall.

## II

Reißt das Band, das den institutionellen Komplex repräsentativer *Entscheidungsverfahren* an den problemgenerierenden und problemlösenden Diskurs einer nicht (oder nur schwach) vermachteten und nicht (oder nur schwach) kommodifizierten<sup>22</sup> *Öffentlichkeit* bindet, dann versiegt der von unten nach oben, von

---

bestimmt“, *wahr* hingegen die Demokratie, weil in ihr „jedes Moment [des Staates] nur wirklich ist als Moment des ganzen Demos“ (Marx, Kritik des hegelschen Staatsrechts, 230). *Unwahr* ist dann aber auch die konstitutionelle Monarchie, weil sie – wie bei Hegel – eine *bestehende Herrschaft* durch die subjektiven Rechte des „Eigentums“, des „Vertrags“, der „Ehe“ und der „bürgerlichen Gesellschaft“ lediglich „beschränkt“ (233). Darin aber kommen die Gesetzesadressaten, der Demos, nur als *abstrakte* Allgemeinheit zum Zuge, als Rechtsstaat *ohne* Demokratie. *Wahr* kann nur eine *herrschaftsbegründende* Verfassung sein, weil sie – so Marx – eine neue „Verfassung“, ein neues „Gesetz“, einen neuen „Staat“, und damit „jedes“ seiner „Momente“ durch die „Selbstbestimmung des Volkes“ überhaupt erst hervorbringt oder konstituiert (Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, 230, 233. Zur Unterscheidung herrschaftsbegrenzender von herrschaftsbegründenden Verfassungen vgl. Christoph Möllers, Verfassungsgebende Gewalt – Verfassung – Konstitutionalisierung. Begriffe der Verfassung in Europa, in: Bogdandy, Armin von (Hg.), Europäisches Verfassungsrecht, Berlin: Springer 2003).

<sup>19</sup> Marx, Kritik des hegelschen Staatsrechts, 231f. Zur Kritik der damit immer noch einhergehenden, subjektphilosophischen Verkürzung Susan Marks, The Riddle of all Constitutions...

<sup>20</sup> Karl Marx, „Der leitende Artikel in Nr. 179 der ‚Kölnischen Zeitung‘“, in: MEW 1, Berlin: Dietz 1972, 97, 99.

<sup>21</sup> Habermas, „Religion in der Öffentlichkeit: Kognitive Voraussetzungen für den ‚öffentlichen Vernunftgebrauch‘ religiöser und säkularer Bürger“, in: Habermas, *Zwischen Naturalismus und Religion: philosophische Aufsätze*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, 119–154, hier 150 f.

<sup>22</sup> Ein gutes Beispiel für die Kommodifizierung der Öffentlichkeit ist der Wahlkampf Donald Trumps. Er jagt die Einschaltquoten, an denen die Werbereinnahmen der Sender hängen so hoch, daß auch linke Sender, die seiner Kandidatur scharf opponieren, ihm weit mehr Redezeit einräumen als jedem anderen Kandidaten: “CBS head Les Moonves, who joined what was once called the Tiffany Network as head of the entertainment division in the 1980s and who lately has been pulling down around \$60 million a year in compensation, let the cat out of the bag when he spoke in late February at something called the Morgan Stanley Technology, Media, and Telecom Conference in San Francisco. This is not a meeting dedicated to a discussion of news gathering as a public trust. Rather, it is a convocation at which Morgan Stanley analysts discuss how, ‘from virtual and augmented reality to 5G and autonomous cars, the pulse of digital experience is speeding up’ (so says the conference website). And it was here that Moonves said that the Trump phenomenon ‘may not be good for America, but it’s damn good for CBS,’ adding: ‘Man, who would have expected the ride we’re all having right now?... The money’s rolling in and this is fun.... I’ve



der Peripherie ins Zentrum, von der Umwelt zum System laufende Kommunikations- und Legitimationsfluß. Unten tanzt niemand mehr. Die Peripherie verschwindet aus dem Reich symbolischer Formen. Der Mensch im Exklusionsbereich existiert nur noch als Körper.<sup>23</sup> Die Umwelt verödet. Das Negationspotential des öffentlichen Lebens trocknet aus, und es entsteht eine post-democracy, deren Legitimationsgrundlage immer dünner wird, bis sie schließlich einstürzt.

Das geschah 1851 in Paris und wurde durch einen verfassungsbrechenden Gewaltakt besiegelt – die Errichtung der bonapartistischen Diktatur – und es geschieht im heutigen Europa infolge eines schleichenden Verfassungswandels.<sup>24</sup> Schon deshalb sind die Gründe des Scheiterns einer der ersten parlamentarischen Demokratien immer noch aktuell.

Das parlamentarische Regime scheiterte in der Revolution von 1848, weil die Bourgeoisie, um noch einmal auf Marx' *18. Brumaire* zurückzukommen, nicht bereit war, „dem Klassenkampf“ *innerhalb* des parlamentarischen Regimes aus öffentlicher Diskussion, allgemeiner Willensbildung und legislativer Gewalt den „kleinen Spielraum“ zu „gewähren“, der nötig gewesen wäre, um noch zu einem halbwegs fairen Klassenkompromiß zu kommen, der es ihr ermöglicht hätte, „die Exekutive von sich abhängig zu erhalten“, die Verfassung zu verteidigen und die Diktatur zu verhindern.<sup>25</sup> Sie hätte sich zu diesem Zweck darauf einlassen müssen, mit Alternativen *zum* Kapitalismus *im* Kapitalismus zu *experimentieren* und das Risiko eingehen müssen, daß die parlamentarische Mischung aus inklusivem Diskurs und egalitärer Entscheidung sie zum Experiment des *Sozialismus* und damit zur Vernichtung ihrer eigenen, unpolitischen Klassenherrschaft fortgetrieben hätte.

Darauf haben sich spätere Generationen herrschender Klassen durchaus erfolgreich eingelassen, freilich erst nachdem Parlamente, öffentliche Debatten und die wachsende Macht der Gewerkschaften im Zuge heftiger Klassenkämpfe, großer Revolutionen und globaler Bürgerkriege zumindest in der westlichen Hemisphäre relativ fest etabliert waren. In der Pariser Revolution von 1848 aber war die Bourgeoisie „der Aufgabe“, „mit dem Feuer zu spielen“, die sie 1789 noch im Stil einer großen, revolutionären Tragödie gemeistert hatte, nicht mehr „gewachsen“. Stattdessen hat sie aus „Feigheit“, „Mutlosigkeit“ und „Begeisterung für ihren Geldbeutel“ die *Regression*, den Kniefall vor dem „Kolben“ dem Wagnis des demokratischen Klassenkampfes vorgezogen.<sup>26</sup> Der Bonapartismus, der sich nach 1848 über ganz Europa ausbreitete und mit dem neuen, technisch angetriebenen Imperialismus verschwisterte, erstickte die 1848 erregte demokratische Hoffnung in einer langen Welle des *autoritären Liberalismus*, die mit wenigen Unterbrechungen das folgende Jahrhundert (1850-1950) überflutete. Gleichzeitig wurden die sozial inklusive Massendemokratie, der demokratische

---

never seen anything like this, and this is going to be a very good year for us. Sorry. It's a terrible thing to say. But, bring it on, Donald. Keep going. Donald's place in this election is a good thing.' Eleven days later, a CBS reporter got caught in the middle of the mayhem at the Trump Chicago event and was thrown to the ground and arrested" (Michael Tomasky, "Can he be stopped?" in: The New York Review of Books, April 2016 (<http://www.nybooks.com/articles/2016/04/21/can-donald-trump-be-stopped/> 11.5.2016).

<sup>23</sup> Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt: Suhrkamp 1997, 632f.

<sup>24</sup> Hauke Brunkhorst, *Das doppelte Gesicht Europas – Zwischen Kapitalismus und Demokratie*, Frankfurt: Suhrkamp 2014..

<sup>25</sup> Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, 165f.

<sup>26</sup> Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, 96, 156, 178.

Sozialismus und sein autoritärer Verwandter, der Bolschewismus, zur großen Herausforderung des überwiegend autoritären, zeitweilig faschistischen Liberalismus.

Ähnliche Konstellationen haben sich in der kurzen, eigentlich erst Mitte des 19. Jahrhundert beginnenden Geschichte des *modernen Kapitalismus* und der *modernen Demokratie*, die miteinander geboren wurden, aber nicht miteinander bestehen können, mehrfach wiederholt.<sup>27</sup> Im letzten Jahr konnte man in Europa dieselbe „Feigheit“, „Mutlosigkeit“ und „Begeisterung“ der Macht-Eliten „für ihren Geldbeutel“ beobachten, die sie daran hinderten, „dem Klassenkampf“, dem Überlebenskampf des europäischen Südens und dem Asylrecht jenen „kleinen Spielraum“ zu „gewähren“, der nötig gewesen wäre, um den europäischen Exekutivföderalismus im Prozeß demokratischer Willensbildung zu überwinden. Ist niemand mehr „der Aufgabe gewachsen“, „mit dem Feuer zu spielen“, so kommt es über kurz oder lang zum Einsturz der Legitimationsgrundlage. Dann wächst erneut die Wahrscheinlichkeit autoritärer Lösungen.

### III

Aus dem Jahrhundert des entfesselten Kapitalismus, des autoritären Liberalismus, der kolonialen und rassistischen Massen- und Völkermorde, der großen Revolutionen und Weltbürgerkriege, das Mitte des 19. Jahrhunderts begann und Mitte des 20. Jahrhunderts endete, ging der demokratische Sozialismus am Ende gestärkt hervor, konnte sich jedoch nur im System der *westliche Nationalstaaten* etablieren, wenn auch in der Regel um den Preis einer hybriden Formation des *demokratischen Kapitalismus*. Die hybride Formation des demokratischen Kapitalismus war immerhin imstande, die drängendsten *Funktionsprobleme* der funktional differenzierten Gesellschaft zu lösen. Das Problem der *sozialen Differenzierung*, die infolge des entfesselten Kapitalismus bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts unerträgliche Ausmaße angenommen hatte, konnte durch das glaubwürdige, von den Verfassungsinstitutionen der Massendemokratie gedeckte und sukzessive eingelöste Versprechen einer halbwegs gerechten, zumindest flächendeckenden Verteilung der wichtigsten Konsumgüter – der Arbeiter im Kleinwagen, der Chef im Mercedes, und beide stecken im selben Stau und fahren an dieselbe Urlaubsküste – im Verlauf der 1940er und 50er Jahre gelöst werden. Die verbliebenen, immer noch großen Klassenunterschiede konnten durch breit angelegte Aufstiegschancen, die ein expandierendes Bildungssystem, in dem der Sohn des Chefs mit der Tochter des Arbeiters dieselbe Schulbank drückte, halbwegs kompensiert werden konnten.<sup>28</sup> Die fordistische Konstellation. Die Märkte wurden staatlich reguliert und ebenso wie das Privateigentum an Produktionsmitteln einer weitgehenden und vielfältigen Kontrolle des Gesetzgebers unterworfen. Die durch den *Code civil* zu Beginn des 19. Jahrhunderts paradigmatisch definierte Form des Privateigentums wurde in hunderte, wenn nicht tausende von Eigentumsformen zersplittert, die sich auf einer Skala abtragen lassen, die vom peripher gewordenen, klassischen Privateigentum (§ 903 BGB<sup>29</sup>) über vielfältige Formen gesetzlicher Einschränkung der Nutzungsrechte (Wohnungen) und die verschiedensten Mischformen aus privatem,

<sup>27</sup> Zum Beginn: Charles Bright/ Michael Geyer, „Benchmarks of Globalization: the Global Condition, 1850-2010“, in: Blackwell Companion to World History, Oxford: Blackwell 2012. Webers Studien zur protestantischen Ethik betreffen eher die (mentale) Vorgeschichte.

<sup>28</sup> Vgl. nur Talcott Parsons, *The System of Modern Societies*. Englewood Cliffs, NY: Prentice Hall, 1971; Parsons/ Gerald M. Platt, Die amerikanische Universität, Frankfurt: Suhrkamp 1990.

<sup>29</sup> § 903 im Wortlaut: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“

genossenschaftlichem und öffentlichem Eigentum (VW) bis zu den vielen Varianten des Gemeineigentums (an Banken, Eisenbahnen, Gesundheitseinrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften usw.) reichen.<sup>30</sup>

Die soziale Frage konnte aber nur gelöst werden, weil der demokratische Kapitalismus auch das *zweite Funktionsproblem* lösen konnte, das darin besteht, daß es *keine moderne, funktional differenzierte Gesellschaft ohne Wachstum* (das nicht notwendig kapitalistisches, in geldausdrücken gemessenes Wachstum sein muß) geben kann.<sup>31</sup>

Der demokratische Kapitalismus, der sich zwischen 1940 und 1990 in der OECD-Welt durchsetzen konnte, hat durch die konsumistische und bildungspolitisch Lösung der sozialen Frage das Wertgesetz ausgehebelt und erheblich zum wirtschaftlichen Wachstum der Nachkriegszeit beigetragen. Das erst zögerlich, dann zügig etablierte, parlamentarische Regime, das auch dort, wo es dem demokratischen Sozialismus nahekam (Schweden), den Markmechanismus als Informationssystem in Takt gelassen und für den Weltmarkt geöffnet hat, war seinen Konkurrenten, dem autoritären oder faschistischen Liberalismus in Krieg und Frieden ebenso überlegen wie dem bürokratischen Sozialismus.<sup>32</sup>

Am Ende der Epoche des demokratischen Kapitalismus zeigte sich jedoch, daß die *extrem hohen Wachstumsraten* der Wirtschaft ohne die technische Umsetzung der *fünf großen Erfindungen* – Elektrizität, fließendes Wasser, Verbrennungsmotor, Chemie und Pharmazie –, die zwischen 1870 und 1940 gemacht wurden und seitdem das Wirtschaftswachstum antreiben, nie erzielt worden wären.<sup>33</sup> Erst das technisch induzierte, letztlich der sozialistischen Logik des Wissenschaftssystems<sup>34</sup> geschuldete Wirtschaftswachstum erlaubte es, Massenloyalität durch Konsum und Bildung zu gewährleisten, *ohne* die Klassenverhältnisse, die zwischen den Machteliten und der Masse der Bevölkerung nach wie vor bestand hatten, aufzuheben.

---

<sup>30</sup> Manlio Bellomo, *The Common Legal Past of Europe 1000-1800*, Washington: The Catholic University of America Press 1995, 25-31; Erhard Denninger, »Von der bürgerlichen Eigentumsgesellschaft zum demokratischen Rechtsstaat«, in: *Funkkolleg Praktische Philosophie/Ethik. Studententexte*, Band 3, herausgegeben von Karl-Otto Apel, Dietrich Böhler und Karl-Heinz Rebel, Weinheim/Basel: Beltz 1984, 814-844.

<sup>31</sup> Dabei unterstelle ich, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern alle Funktionssysteme oder Wertsphären auf wechselseitig verstärktes Wachstum angewiesen sind, die Medizin ebenso wie der Straßenverkehr, die Wissenschaft ebenso wie das Recht, die Kunst ebenso wie der Sport, die Politik ebenso das Erziehungssystem. Die Lösung medizinischer Probleme erzeugt eine rasch wachsende Zahl neuer medizinischer Probleme, der in Geld ausgedrückte Wert heckt immer mehr Wert (Marx) usw. Gleichzeitig erhöhen die Nebeneffekte funktionaler Spezialisierung, wissenschaftliche Erfindungen, Berufskrankheiten, Autounfälle, Waffentechniken und Adoleszenzkrise den Problemdruck, der auf dem Medizinsystem lastet, dessen Erfolge ihrerseits die Wachstumserwartungen, denen sich das Rentensystem ausgesetzt sieht, in die Höhe schnellen lassen, und dasselbe gilt für alle andern Funktionsbereiche. Dieses Wachstumsproblem ist eines der *Gesellschaftsformation*, die durch funktionale Differenzierung und professionelle Spezialisierung bestimmt ist und würde auch dann nicht verschwinden, wenn die *Produktionsverhältnisse* nicht mehr kapitalistisch bestimmt wären und Wachstum nicht mehr in Geldausdrücken gemessen würde. Vgl. Lisa Herzog, "The normative stakes of economic growth", in: *The Journal of Politics* 1/ 2015, 50-62

<sup>32</sup> Diese Regimes sind entweder, wie der autoritäre Liberalismus, bei hohen Wachstumsraten am sozialen Verteilungsproblem oder, wie der bürokratische Sozialismus, bei vergleichsweise egalitären Verteilungsverhältnissen am mangelnden Wachstum der Konsumgüterindustrien gescheitert.

<sup>33</sup> Robert J. Gordon, *Rise and Fall of American Growth: The US Standard of Living since the Civil War*, Princeton: Princeton University Press 2016..

<sup>34</sup> Gerd Wartenberg, *Logischer Sozialismus. Die Transformation der Kantischen Transzendentalphilosophie durch Charles S. Peirce*, Frankfurt: Suhrkamp 1971

#### IV

Der Erfolg des demokratischen Kapitalismus bestand in einer Erneuerung des parlamentarischen Regimes, das den öffentlich ausgetragenen, demokratischen Klassenkampf ganz im Sinne des Modells deliberativer Demokratie, das Marx im 18. Brumaire skizziert hatte, mit dem institutionellen Komplex gesetzgeberischer Mehrheitsentscheidungen zusammenschloß. Ist der erste Anlauf deliberative Demokratie in den europäischen Revolutionen von 1848 gescheitert, so war der zweite Anlauf, den Bruce Ackermann am Beispiel des New Deal exemplarisch beschrieben hat, bei weitem erfolgreicher.<sup>35</sup>

Bei allem Fortschritt, den der *nationalstaatlich organisierte* und auf die *OECD-Welt beschränkte*, demokratische Kapitalismus verkörperte, er blieb *männlich, heterosexuell* und *weiß*.<sup>36</sup> Er endete an der *gender-line* und der *color line*. Er schloß die innere ebenso wie die äußere *Peripherie* von sich aus. Ebenso erfolgreich hat der demokratische Kapitalismus die Verwüstung der *Umwelt* und die Zerstörung der natürlichen „Springquellen allen Reichtums“ verdrängt.<sup>37</sup> Erst in den 1960er Jahren wurde das Erbe des inneren und äußeren Kolonialismus, der *gender-line* und der *color-line* in den Protestbewegungen der African-Americans und der Studenten thematisch. Wenig später setzte die globale Ökologiebewegung auch die Umweltzerstörung auf die politische Agenda.

- Als am 1. Oktober 1964 Mario Savio – er war der Sprecher der Studenten von Berkeley, die einen Polizeiwagen, in dem ein festgenommener Kommilitone saß, durch ein Sit-in blockiert hatten (es ging auch hier wie zu Marx Zeiten um die Redefreiheit) – seine Schuhe auszog, um mit Erlaubnis der Polizei vom Dach ihres Autos eine Rede zu halten, die er mit Referenz auf die beiden Polizisten unter ihm mit dem wahrhaft welterschließenden Satz eröffnete: „They’re family men, you know. They have a job to do! Like Adolf Eichmann. He had a job to do. He fit into the machinery.“, begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie.
- Als Huey Newton und Bobby Seale Anfang 1966 in dem an Berkeley angrenzenden West-Oakland die *Black Panthers Party for Self-defense* gründeten, nachdem zuvor bei Unruhen nach der Ermordung von Malcolm X 300 Schwarze von Militär und Polizei getötet worden waren, begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie.
- Als am 15. April 1967 im New Yorker Central Park Wehrpflichtige hunderte von Einberufungsbescheiden nach Vietnam verbrannten, begann eine neue Epoche deliberativer Demokratie. Sie war ins Zeitalter ihrer Globalisierung getreten.

Während der Staat auf die plötzliche „Repolitisierung der ausgetrockneten Öffentlichkeit“<sup>38</sup> des weißen und männlichen Wohlfahrtsstaats legal und illegal mit Polizei und Geheimpolizei reagierte und Richard Nixon die *silent majority* zu den

---

<sup>35</sup> Zum amerikanischen New Deal: Bruce Ackerman, *We the People, Vol. 2: Transformations*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1998; für Schweden: Walter Korpi, *The Democratic Class Struggle*, Routledge, London, 1983.

<sup>36</sup> Ira Katznelson, *When Affirmative Action was White: An Untold History of Racial Inequality in Twentieth-Century America*, New York/London: W. W. Norton 2005.

<sup>37</sup> Marx, *Das Kapital* Bd. I, Berlin: Dietz 1969, 530.

<sup>38</sup> Habermas, „Technik und Wissenschaft als ‘Ideologie’“, in: Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt: Suhrkamp 1968, 48-103, hier: 100.

Waffen rief, globalisierte sich die von Berkeley ausgehende Bewegung innerhalb weniger Monate. Nixon gewann die Wahl und die Bewegung verschwand nach wenigen Jahren, nur um in Gestalt der Frauen-, Ökologie-, LGBT-, Indigenen-, Post-colonial- und vieler anderer Bewegungen immer von Neuem zu beginnen. Sie haben in einer auch für die soziale Evolution winzigen Zeitspanne eine – in der OECD-Welt und Lateinamerika zentrierte, aber in jeden Winkel der Welt ausstrahlende – Kulturrevolution herbeigeführt, für die sich in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele finden lassen; man denke nur an die Emanzipation der Frauen und Homosexuellen von einer jahrtausendealten, immer wieder verfeinerten Kultur ihrer Ausbeutung und Unterdrückung.

Wenn die Serie kulturevolutionärer Eruptionen, die „allein durch Entpolitisierung abgedeckte Legitimationsgrundlage des Spätkapitalismus“<sup>39</sup> zwar nicht zum Einsturz gebracht, aber doch in bedrohliche Schwingungen versetzt hat, hat sie das einer *deliberativen Erneuerung der westlichen Demokratien* zu verdanken. Denn der verblüffende Erfolg der sozialen Bewegungen, die außer der Frauenbewegung alle minoritär waren, erklärt sich nicht aus der Kraft der Bewegungen selbst, sondern allein aus der anscheinend noch nicht verebbten, *deliberativen Dynamik des parlamentarischen Regimes*. Diese Dynamik, so meine These, resultiert aus der *dialektischen Interaktion*, dem „*daseienden Widerspruch*“<sup>40</sup> zwischen dem *wilden, anarchischen* und (trotz immens fortgeschrittener Polizei- und Überwachungstechniken) nach wie vor *unbezähmbaren* Komplex außer- und antiparlamentarischer, an den Rändern bisweilen gewalttätiger Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten auf der einen Seite, und auf der anderen Seite einer mehrheitsorientierten, *parlamentarischen Gesetzgebung*, bei der die *silent majority* nicht nur zur Abstimmung, sondern auch, durch die Massenmedien vielfältig verstärkt, zu Wort kommt – aber eben *nicht nur sie*. In den 1840er Jahren mußte die französische Bourgeoisie, in den 1960er Jahren Richard Nixon erfahren, dabei sie die Rechnung ohne die intersubjektive Logik des parlamentarischen Regimes gemacht hatten, das sie, spätestens nach Watergate, zur Rede stellen und das Ende des Kriegs in Vietnam *auch* mit dem besseren Argument erzwingen konnte.

## V

Aber der Emanzipationsprozeß blieb weitgehend auf die *Kultur* beschränkt, und als er sich in 1980er und 90er Jahren infolge parlamentarischer Gesetzgebung auf die übrigen Sphären von Wirtschaft und Gesellschaft auszubreiten begann, brach die *wohlfahrtsstaatliche Basis* weg, und für die arbeitslose, vorbestrafte, schwarze Homosexuelle im Ghetto von Baltimore oder Ferguson hatten die neuen Freiheitsrechte plötzlich keinen fairen Wert (Rawls) mehr. Sie haben sich in Privilegien der Besserweggekommenen zurückverwandelt.

Die gewaltigen Wachstumsimpulse, die von den fünf großen Erfindungen ausgingen, mit der erwachsenen Lebenszeit John Deweys zusammenfielen und dessen Fortschrittsphilosophie ebenso bestimmt haben wie die des Marxismus, verebbten in den 1960er und 70er Jahren. Sie konnten bislang durch nichts Vergleichbares ersetzt werden.<sup>41</sup> Die Erfindungen der dritten technischen Revolution, der neuen Disseminationsmedien des Internets, des Mobiltelefons und des Personal Computers könnten die Demokratie revolutionieren und ihre Transnationalisierung ermöglichen, haben aber kaum wirtschaftliche Wachstumseffekte und führen schon heute in einem

---

<sup>39</sup> Habermas 1968, 103

<sup>40</sup> Hegel, Wissenschaft der Logik, Hamburg: Meine 1975, Bd. II, 59.

<sup>41</sup> Gordon, Rise and Fall of American Growth.

Ausmaß zur Vernichtung akademischer Arbeitsplätze, in dem einst die große Maschinerie des 19. Jahrhundert alle handwerklichen Arbeitsplätze vernichtet, entwertet und marginalisiert hatte.<sup>42</sup>

Schon in den 1960er Jahren war der Beginn der bis heute anhaltenden, *säkularen Stagnation* erkennbar. Paul Sweezy hat sie in seiner Unterkonsumptionstheorie schon 1966 vorhergesagt. Dabei ging er am Beispiel der amerikanischen Automobilindustrie von der Beobachtung aus, daß der „monopolistic capitalism [...] tends to generate ever more surplus, yet it fails to provide the consumption and investment outlets required for the absorption of a rising surplus, [...], it follows that the *normal* state of monopoly capitalist economy is stagnation.“<sup>43</sup> Egal, ob Sweezy diese weitreichende Beobachtung richtig oder falsch begründet hat, sie hat sich infolge der technischen Finalisierung der großen Erfindungen und der globalen Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik glänzend bestätigt. Aus „state-embedded markets“ wurden „market embedded states“ (Streeck), aus „starken Staaten“ mit „starker Steuer“ (Marx), von denen die Reichen abhängig waren, wurden kreditfinanzierte Staaten, die von den Reichen abhängig sind. Streikende Arbeiterinnen und Arbeiter wurden mit Krediten überschüttet, deren Platzen sie zu einer neuen Art Schuldklaverei verdammt.<sup>44</sup> Das Monopolkapital wurde erfolgreich globalisiert und der Wettbewerb immer mehr virtualisiert.<sup>45</sup> Die soziale Differenz erreichte erneut den historischen Höchststand von 1900.<sup>46</sup> Seit 2008 sind einer Studie von Goldman & Sachs zufolge die Profiraten der 500 größten US-Firmen konjunkturinvariant und auf hohem Niveau stabil geblieben – zum Horror von Goldman & Sachs. Denn gleichzeitig schrumpfen überall in der OECD-Welt die Realinvestitionen. Selbst in Deutschland, das immer noch hochindustrialisiert ist, sind sie zwischen 2000 und 2016, allen Strukturreformen zum Trotz, um 20% gesunken.<sup>47</sup> Gewinne ohne Wachstum machen die latente Unterkonsumptionskrise manifest. Oben, wo genug Geld für den Massenkonsum da ist, kauft niemand die Massenware, sondern steckt fast alles in die Finanzindustrie. Unten haben immer weniger das Geld, auch nur die nötigsten Konsumgüter für die Erziehung der Kinder (tuition), private Gesundheitsvorsorge, anständige Wohnungen usw. zu erwerben.

Die seit 40 Jahren wachsende soziale Differenzierung zwischen arm und reich hat höchst ungleich verteilte Er- und Entmutigungseffekte, die den demokratischen Wahlmechanismus außer Kraft setzen. Je größer die Differenz zwischen oben und unten, desto mehr werden die immer reicher werdenden Oberschichten ermutigt, zur Wahl zu gehen, bis ihre Beteiligung mit weit über 90% an Ergebnisse früherer DDR-Wahlen heranreicht, während die von Wahl zu Wahl immer weiter zurückfallenden Unterschichten, die zuvor in großer Mehrheit sozialistische und sozialdemokratische Parteien gewählt hatten, nicht durch ihre absolute Armut, sondern durch die *immer unüberwindlicher werdende Differenz entmutigt* werden, so daß in immer größeren

---

<sup>42</sup> Randal Collins, „The end of middle-class work: No more escapes“, in: Immanuel Wallerstein/ Collins/ Michael Mann/ Georgi Derluguian/ Craig Calhoun (ed.), *Does Capitalism have a Future?* Oxford: Oxford University Press 2013, 37-70

<sup>43</sup> Paul A. Baran/ Paul M. Sweezy, *Monopoly Capital, An Essay on the American Economic and Social Order*, New York: Monthly Review Press 1966, 76-111, hier: 108.

<sup>44</sup> Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp 2013.

<sup>45</sup> Herzog, *The normative stakes of economic growth*.

<sup>46</sup> Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*, Harvard 2014.

<sup>47</sup> Claus Offe, „The Dynamic of Secular Stagnation“, paper presented at a conference on the topic *Jenseits des Kapitalismus* in Wuppertal, Feb. 4, 2016.

Scharen die Wahllokale meiden und mittlerweile bei einer Beteiligung von 30% und weniger angekommen sind.<sup>48</sup> Die neoliberal und neodarwinistisch eingestimmten Medien verstärken den Entmutigungseffekt, indem sie und ihre Psycho- und Bio-Experten denen unten das alte Lied von der Individualisierung des Mißerfolgs vorsingen. Wer zurückbleibt, ist selber schuld.

Die irritiert nach den verschwundenen Wählern suchenden Linksparteien gehen, eine nach der andern in die von Clinton, Blair und Schröder ausgelegte *timidity trap*. Die Verzagtheitsfalle schnappt zu.<sup>49</sup> Von Wahl zu Wahl rücken die großen Parteien der Linken, um noch im Spiel zu bleiben, immer weiter von links nach rechts und werden trotzdem immer kleiner. Unten wollen die nicht mehr wählenden Mehrheiten nach wie vor eine für die Schwachen hilfreiche und schützende sozialstaatliche Agenda.<sup>50</sup> Aber es ist keine Partei mehr da, die sie vertritt. Am Ende gibt es nur noch die Alternative zwischen marktradikalen Parteien mit politisch korrekter Kultur (SPD, FDP, CDU) und marktradikalen Parteien mit neokonservativem, nationalistischem, rassistischem oder religiös fundamentalistischem Kulturprogramm (AdF, CSU, G.O.P.). Kein Wunder, daß die wenigen, die unten noch wählen gehen, dem Totentanz der Rechtsradikalen folgen. Die Wähler Donald Trumps.

## VI

Die Entwicklung der Europäischen Union fügt sich bruchlos in diesen Prozeß, der die demokratisch erkämpften sozialen Voraussetzungen, von denen die Demokratie lebt, zerstört hat. Hinter der imperialen Härte, mit der die Bundesregierung unter Führung ihres Finanzministeriums den massiven, am Ende von Italien und Frankreich, wenn auch halbherzig unterstützten Widerstand Griechenlands in der Schuldenkrise gebrochen und die Austeritätspolitik diktiert hat, steht die neoliberal erneuerte Ideologie des Ordoliberalismus. Ordo- und Neoliberalismus treffen sich zumindest in dem entscheidenden Punkt der Utopie einer *Marktwirtschaft ohne Gesetzgeber und Regierung*. Unter der alleinigen Herrschaft des Rechts und der Richter, so Ernst-Joachim Mestmäcker, „sollen alle wichtigen Fragen von der Rechtsprechung allein beantwortet werden“.<sup>51</sup> Auf diese Weise verwandelt sich das Recht aus einem demokratisch bestimmten „Immunsystem der Gesellschaft“ (Luhmann) in ein expertokratisches *Immunsystem der Marktwirtschaft*. Genau das ist die Funktion des Rechts im heutigen Europa, und sie paßt exakt zum globalen Trend der *Substitution des internationalen öffentlichen Rechts durch Zivil- und Privatrechtsregime*, die heute wie schon im alten römischen Imperium nichts Anderes darstellen als ein Koordinationsrecht der global herrschenden Klassen.<sup>52</sup> Was vom globalen Konstitutionalismus bleibt ist transnationales Verwaltungsrecht.<sup>53</sup> Gleichzeitig nötigt

<sup>48</sup> Hierzu und zum Folgenden vgl. Armin Schäfer, *Liberalization, inequality and democracy's discontent*, in: *Politics in the age of austerity*, hg. von Armin Schäfer und Wolfgang Streeck, Cambridge 2013, S. 169-195; Armin Schäfer und Harald Schoen, *Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit*, in: „Leviathan“, 1/2013, 94-120.

<sup>49</sup> Knapp und instruktiv: Paul Krugman, *The timidity trapp*, in: „New York Times“, 21.3.2014.

<sup>50</sup> Armin Schäfer, *Liberalization, inequality and democracy's discontent*, a.a.O.

<sup>51</sup> Ernst-Joachim Mestmäcker, *Einführung*, in: Franz Böhm, *Wettbewerb und Monopolrecht*, S. 5-14, hier S. 9; dasselbe Argument zur gegenwärtigen Krise Europas: Mestmäcker, *Ordnungspolitische Grundlagen einer politischen Union*, in: FAZ, 9.11.2012.

<sup>52</sup> Gunther Teubner, *Constitutional Fragments – Societal Constitutionalism and Globalization*, Oxford: Oxford Univ. Press 2012; Christian Joergs, Inger-Johanne Sand/Gunther Teubner (Hg.), *Transnational Governance and Constitutionalism*, Oxford: Hart 2004.

<sup>53</sup> Nico Krisch, *Beyond Constitutionalism*, Oxford: Oxford University Press 2010; Kingsbury, Benedict / Krisch, Nico / Steward, Richard B., *The Emergence of Global Administrative Law*,

das immer dichter werdende, immer tiefer in die Staatenwelt eindringende, transnationale Recht die Staaten ihrerseits zur Aufweichung der Schranken, die das öffentliche vom privaten Recht trennen. Der Staat mutiert zur Private-Public-Partnership.

Paradigmatisch für globale Entwicklungstrends ist das postdemokratische Regierungsmodell der EU und der immer mehr ausgegliederten Eurozone. Alle strukturellen, sozialen Konflikte und politischen Richtungsentscheidungen, die Substanz des öffentlichen Lebens, werden im Institutionensystem der EU *invisibilisiert*. Politische Entscheidungen werden zu Entscheidungen ohne Politik.<sup>54</sup> Die gesamte institutionelle Balance zwischen Europäischem Rat, Euro-Gruppe und der Kommission, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank ist auf Konfliktvermeidung und Konsens, Integration und Invisibilisierung europäischer Entscheidungen programmiert.

Ein gutes Beispiel ist das Trilogverfahren der Europäischen Gesetzgebung. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU ist zwar der letzte oder vorletzte Schritt zur verfassungsrechtlichen Vervollendung der parlamentarischen Demokratie in der EU. Aber der von den Präsidenten des Parlaments, der Kommission und des Ministerrats, die immer einen kurzen Draht zu den mächtigsten Regierungsspitzen haben, überwachte Trilog, in dem die parlamentarischen Mehrheitsführer mit den jeweils zuständigen Kommission- und Ratsmitgliedern jedes Gesetz solange hinter verschlossenen Türen aushandeln, bis die Mehrheiten sicher sind, macht das öffentliche Recht der Verträge und die öffentliche Meinungsbildung des Parlaments zur Farce. Fast jedes Gesetz passiert das Parlament in erster Lesung, und in die begleitende Diskussion erregt zu Recht nicht das geringste öffentliche Interesse, geht es in ihr doch um buchstäblich nichts mehr. Das Trilogverfahren ist formal über die Organautonomie von Kommission, Parlament und Rat legitimiert, hat aber den hinterhältigen dialektischen Sinn, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren zu de-formalisieren, alle Konflikte zu begleichen, bevor sie öffentlich ruckbar werden können und den parlamentarischen Minderheiten ein für alle Mal das Wort zu entziehen. Gerichte könnten das, wenn es denn zur Vorlage käme, immerhin als Verfassungsbruch erkennen.<sup>55</sup>

Hinzu kommt die Gestalt der Verträge, die weite Bereiche einfachen Rechts konstitutionalisiert haben. Die im Osten der EU wachsende Zahl habautoritärer Regimes hat sich das offenbar zum Vorbild genommen, um den ganzen Wertekanon in die Verfassung zu schreiben. „In vielen Bereichen“ des EU-Rechts, so Dawson und Witte, „sind die politischen Präferenzen der Union konstitutionell vorprogrammiert. Beispiele gibt es über die Maßen: Die Geldpolitik ist auf Preisstabilität ausgerichtet statt auf Vollbeschäftigung, die Energiepolitik richtet sich am Ziel des Wettbewerbs und der Energiesicherheit aus statt an demokratischen Entscheidungen über solche Ziele, die Nichtdiskriminierungspolitik fördert Zugang zum Arbeitsmarkt statt Menschenwürde am Arbeitsplatz. Die Interpretation von Art. 125 TFEU durch den Europäischen Gerichtshof knüpft Finanzhilfen an die Einhaltung von Bedingungen, nicht an Solidarität, das exzessive Defizitverfahren verordnet Sparprogramme statt

---

<http://law.duke.edu/journals/lcp/2006>.

<sup>54</sup> Mark Dawson und Floris de Witte, From balance to conflict: a new constitution for the EU, Ms., Hertie School of Governance, Berlin, 3.2014.

<sup>55</sup> Jelena von Achenbach, Trilogie: Struktureller Wandel des europäischen Gesetzgebungsverfahrens durch Selbstorganisation, Man., Gießen 2015; jetzt in DER STAAT 55 (2016), 1–39.



keynesianischer Lösungen, und die Bestimmungen zur Freizügigkeit verraten bereits ein sehr spezielles Verständnis des Verhältnisses von Staat und Markt.“<sup>56</sup>

Die durch die weitgehende Emanzipation der Weltwirtschaft vom Staat und die Umkehr der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Macht und Geld überall in der OECD-Welt des Washington-Consensus in Gang gesetzte Kausalkette, die wachsende soziale in politische Ungleichheit, und politische Ungleichheit in soziale und makroökonomische Alternativlosigkeit transformiert, wird durch den „institutionellen Rahmen“ der EU und der Eurozone noch einmal verstärkt, der „einen fast perfekten Schutz gegen die Einwirkungen von inhaltsorientierten politischen Programmen und von demokratischer Kontrolle durch die Wähler der betroffenen Wahlkreise darstellt“.<sup>57</sup>

## VII

Die strukturelle politische Ungleichheit und Alternativlosigkeit ist für den postdemokratischen Zustand des parlamentarischen Regimes tendiert dazu, überall, zumindest in der OECD-Welt, den autoritären Liberalismus zur stärksten der Parteien zu machen. Aber auch in diesem Fall scheint der autoritäre Staat „mit immer erneuerter Liebe“ zuerst nach Europa zurückzukehren.<sup>58</sup> Unter ungleichheitsinduzierten Bedingungen einer

- dreifachen, ökonomischen *Unterkonsumptions*-, sozialpsychologischen *Motivations*- und politischen *Legitimationskrise* wird bei
- gleichzeitig wachsenden *Exklusionsrate* – sie ist seit 2000 allein innerhalb der reichen Nationalstaaten zwischen 20 bis 40% gestiegen – und
- *ökologischer Verwüstung* vor allem des afrikanischen Kontinents, die wiederum die Migrantenströme anschwellen läßt,

wird es immer wahrscheinlicher, daß sich die ja nicht mehr einfach (wie noch zu Zeiten Thatchers und Reagans) zur Disposition stehende, sondern strukturell verankerte Hegemonie des globalen Kapitalismus (market-embedded states) nur noch durch neue Formationen des *autoritären und faschistischen Liberalismus* aufrechterhalten läßt. Schon jetzt haben sich prärogatives Maßnahmerecht, der erklärte und unerklärte Belagerungszustand normalisiert. Europa, Australien und die USA sind mit Grenzregimen ausgerüstet, in denen die verfassungsmäßigen Rechte formell oder informell außer Kraft gesetzt sind. In der 100 Meilenzone, die sich an Amerikas Grenzen ins Inland erstreckt, und in der die Rechte formell und dauerhaft eingeschränkt sind, leben 2/3 der US-Bevölkerung, usw., usw.<sup>59</sup>

Das einzige Projekt, das den autoritären Liberalismus verhindern und die einst demokratisch erkämpften, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen, von denen die Demokratie lebt, wiederherstellen könnte, wären eine transnationale und kosmopolitische Formation des demokratischen Sozialismus. Ob sie am Ende zum

---

<sup>56</sup> Dawson/Witte, a.a.O., S. 19.

<sup>57</sup> Fritz W. Scharpf, Political legitimacy in a non-optimal currency area, [www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp13-15.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp13-15.pdf).

<sup>58</sup> Marx, 18. Brumaire, 112.

<sup>59</sup> Vgl. nur Ayelet Shachar, “New Border and Citizenship Constellations: Implications for Law and Justice”, Paper WZB Workshop ‘Critical Theory and Constitutionalism’, Berlin 11.12.2015 (im Erscheinen) 12, 32-35.

Sozialismus führt oder den Kapitalismus vor sich selbst rettet, ist angesichts der Probleme, die sie lösen müßte, sekundär.

1. Wachstum *und* Demokratie lassen sich in Zeiten technologisch indizierter und ökonomisch verstärkter, *säkularer Stagnation* nur noch durch *massive Umverteilung* des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten restabilisieren, denn nur die Massen brauchen die Konsumgüter, ohne deren Verkauf das Fahrrad, das die Wirtschaft antreibt, stehen bleibt und umfällt. Massive Umverteilung hätte den Charme, beide Fliegen, die unerträgliche *soziale Differenzierung* und die nicht minder unerträgliche *Stagnation* mit einer Klappe zu schlagen. Leider sind mehr als zwei Fliegen in der Luft.
2. Um die dramatisch wachsende *Differenzierung von Inklusion und Exklusion* in Richtung demokratische Vollinklusion<sup>60</sup> zurückzudrängen, bedürfte es ebenso massiver *Sozialisations- und Bildungsinvestitionen*, aber ohne ein unkonditioniertes, arbeitsfreies Grundeinkommen, das – nach dem Vorschlag von Ackermann und Offe ausreicht ein anständiges Studium mitsamt tuition zu finanzieren, wir nichts laufen.
3. Die einzige realistische Lösung der globalen Umweltprobleme ist, wenn es überhaupt eine gibt, *grünes Wachstum*. Die enormen Proportionen des Problems springen sofort ins Auge, wenn man sich klarmacht, daß die am ehesten realistische Möglichkeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß weit genug zu reduzieren, um die Erderwärmung zu stoppen, Carbon Capture and Storage (CCS), ohne massive Eingriffe in das globale Landeigentum nicht denkbar ist.

Ließe sich das Wachstums-, Ungleichheits- und Exklusionsproblem (zumindest das innerstaatliche) im Prinzip noch durch koordinierte Aktionen der (stärksten) Nationalstaaten lösen, auch wenn das faktisch äußerst unwahrscheinlich ist, so scheitern Lösungen, die von nationalen Mehrheitsentscheidungen abhängig sind, spätestens am Umweltproblemen. Noch weniger ist erkenntlich, wie die

4. mit der neoliberalen Globalisierung ins Unermeßliche gewachsene Erpressungsmacht des globalen Kapitals zusammen mit dem ihm verschwisterten, globalen Zivil- und Privatrecht wieder unter demokratische und öffentlich-rechtliche Kontrolle gebracht werden soll, wenn nicht durch *demokratische legitimierte, transnationale Regierungsgewalt*. Governance ohne government ist over. Governance ist wie das Privatrechtsregime die Kur, die Krankheit verschlimmert.

## VIII

Deshalb gibt es keine Alternative zu einer radikalen Transnationalisierung des parlamentarischen Regimes. Nur ein solches Regime könnte die Wahlmöglichkeit und damit auch die deliberative Einbindung der Mehrheitsentscheidungen in den öffentlichen Streit wiederherstellen, nicht um die Verfassung des Liberalismus durch eine solche des Sozialismus zu ersetzen, sondern um die Wahl zwischen dem liberalen

---

<sup>60</sup> Vgl. Rudolf Stichweh, «Inklusion und Exklusion in der Weltgesellschaft – am Beispiel der Schule und des Erziehungssystems», in: Zeitschrift für Inklusion – online-net 17 2013, <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/22/22> (20.7.2016).

Spatzen in der Hand, der sozialistischen Taube auf dem Dach und ganzen Gefieder dazwischen für demokratische Selbstbestimmung offen zu halten.

Meine abschließende These ist, daß die EU im Vertrag von Lissabon die Strukturen eines solchen Regimes bereits enthält. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren repräsentiert, wie Franzius und Habermas gezeigt haben, gleichzeitig die Völker und Nationen Europas und die europäische Bürgerschaft insgesamt. Ihm fehlt lediglich die parlamentarische Initiative, die ausnahmslose Gesetzgebungskompetenz (Allzuständigkeit) und die alleinige Wahl des Kommissionspräsidenten und der Kommissare sowie das Recht, die Verfassung der EU zu ändern und den Teil der einfachen Gesetzgebung, von dem *alle* Parlamente Europas bis heute verfassungsrechtlich enteignet sind, wieder an sich zu reißen.

Dazu jedoch müßten die am Gesetzgebungsverfahren unmittelbar beteiligten Institutionen – das Parlament, die regierende Kommission und der Ministerrat aus dem institutionellen Rahmen, der sie an die intergouvernementalen Strukturen des immer noch halbinformellen *Europäischen Rats* der Präsidenten und Regierungschefs und der immer mächtiger werdenden, rein informellen *Euro-Gruppe* herauslöst und diese rechtlich kaum fassbaren und schon deshalb hegemonial organisierten (Großraum) Institutionen abgeschafft werden.

Das würde eine Kündigung der Verträge und eine Neugründung Europas mit einer schlanken und durch Verfassungsrecht bestimmten Verfassung zwingend erforderlich machen. Die Entscheidung läge dann bei der Gesamtbürgerschaft und einzelnen Völkern Europas, die in einem Verfassungsreferendum gleichmäßig repräsentiert werden müßten.<sup>61</sup> Die Bereitschaften für eine Neugründung sind, wie empirische Studien zeigen, ebenso (erstaunlich) groß wie die für die Gründung eines umverteilenden europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Der institutionelle Rahmen ist jedoch so beschaffen, daß solche Optionen aussichtslos sind und von einer vermachteten Medienöffentlichkeit (alte Medien), die sich darauf beschränkt, dem Volk die Politik, die andere machen, in einfachen Worten zu erklären, auch nicht zur Diskussion gestellt werden können. So denkt jede und jeder, ich bin für Europa, aber mein Nachbar nicht. Ein echtes, gründendes Verfassungsreferendum könnte dann das Ende Europas oder seine demokratische Erneuerung bedeuten. Aber das zumindest hätten die Verfassungs- und Gesetzesadressaten, also die Bürger selbst entschieden, und sie hätten zumindest den Schrecken ohne Ende, auf den wir uns jetzt zubewegen, beendet.

---

<sup>61</sup> Vgl. den interessanten Vorschlag von Brendan Simms/ Benjamin ZEEB, Europa an Abgrund.

